

Presseerklärung

Presseabteilung

(Berlin):

Sarah Tyler

Tel: +49 30 3438 2019

press@transparency.org

(London):

Jana Kotalik/Susan Côté-Freeman

Tel: + 44 20 7981 0347

Jeff Lovitt (mobile): +49 162 419 6454



TRANSPARENCY INTERNATIONAL

1993-2003, 10 Jahre Kampf gegen Korruption

<http://www.transparency.org>

Otto-Suhr-Allee 97-99
10585 Berlin, Allemagne
Tél: +49-30-3438 2061/19
Fax: +49-30-3470 3912

Für die Presse: Wenn Sie ein Rezensionsexemplar des *Global Corruption Reports 2003* wünschen oder den Text im Internet ansehen möchten, wenden Sie sich bitte an gcr@transparency.org oder gehen Sie auf www.globalcorruptionreport.org.

Highlights aus dem *Global Corruption Report 2003* von Transparency International

Geld für eine Schlagzeile: Unethische Praktiken der Medien enthüllt

Die Annahme von Geld für einen Leitartikel und andere unethische Gewohnheiten bei Medienmachern gibt es in der ganzen Welt, besonders in Süd- und Osteuropa und in Lateinamerika. Eine Studie der International Public Relations Association (IPRA) besagt, dass keine Region hiergegen immun ist. Die im Juli 2002 erschienene Studie befragte 242 Öffentlichkeitsarbeiter in 54 Ländern.

Fast zwei Drittel (63 Prozent) der Befragten in Osteuropa sind der Meinung, dass *zakazukha* - ein russisches Wort, das die Annahme von Bestechungsgeldern durch Journalisten für einen Leitartikel beschreibt - in ihren Ländern gang und gäbe ist. Nur 13 Prozent der Befragten in Osteuropa glauben, dass der Inhalt der Beiträge "normalerweise" oder "immer" eher auf der Einschätzung der Redakteure als auf Bestechung basiert. In Südeuropa, Afrika und im Nahen Osten glauben 40 Prozent der Befragten, dass der Inhalt der Beiträge generell durch Bestechung beeinflusst wird.

Asien wird als Heimat der transparentesten Medien wahrgenommen - 68 Prozent der Befragten stimmen darin überein, dass die Kontrolle der Beiträge gewöhnlich oder immer eher auf der Einschätzung der Redakteure als auf Bestechung beruht. Nordamerika folgt mit 65 Prozent, Australien mit 60 und Nord- und Westeuropa mit 59 Prozent.

Nehmen Redakteure und Journalisten Bestechungsgelder dafür an, dass sie einen Artikel nicht schreiben? In Lateinamerika sagen 41 Prozent der Befragten, dass solche Bestechungsgelder häufig angenommen werden.

Die Rolle der Medien

Edgar Damalerio, Herausgeber der philippinischen Wochenzeitung *Zamboanga Scribe*, wurde am 13. Mai 2002 erschossen. Er war bekannt dafür, dass er Korruption bei Lokalpolitikern und bei der Polizei kritisierte. Valery Ivanov, Herausgeber der Zeitung *Tolyatinskoye Obozreniye* in Togliatti in Südrussland, wurde am 29. April 2002 ermordet. Die Zeitung war bekannt für ihre Reportagen über Organisierte Kriminalität und Korruption im öffentlichen Dienst.

In Bangladesch wurde Harunur Rashid, ein Journalist der Tageszeitung *Dainik Purbanchal*, umgebracht, nachdem er einige Artikel über Korruption im öffentlichen Dienst und Verbindungen zwischen Verbrechersyndikaten und Maoistischen Guerillagruppen geschrieben hatte. Orlando Sierra Hernández, ein Kolumnist der kolumbianischen Zeitung *La Patria*, erhielt am 30. Januar einen Kopfschuss, an dem er zwei Tage später starb. Seine Kolumnen hatten häufig die Korruption der Regierung angegriffen.

Westeuropa

Die Wichtigkeit der Verfolgung von Bestechung unter Privaten erfuhr 2001 öffentliche Beachtung, als **britische** Gerichte den größten Bestechungsskandal seit zwei Jahrzehnten behandelten. Der CEO von Hobsons, einem Lebensmittelunternehmen, wurde vor Gericht gestellt, weil er 2,4 Millionen Pfund (3,8 Millionen US-Dollar) vom Bankkonto einer Tochterfirma gestohlen haben sollte, in der Absicht, damit einen lukrativen Vertrag mit der Cooperative Wholesale Society (CWS) zu erweitern. Zwei hohe Mitarbeiter der CWS wurden schuldig erklärt, Korruptionszahlungen in Höhe von je einer Million Pfund (1,6 Millionen US-Dollar) entgegengenommen zu haben.

In **Deutschland** klang der Parteienfinanzierungsskandal, mit dem die CDU seit 1999 kämpfte, gerade aus, als das Ansehen der regierenden SPD durch einen eigenen Skandal im März 2002 beschädigt wurde. Kölner SPD-Politiker wurden beschuldigt zwischen 1994 und 1999 Firmenspenden in Höhe von 260.000 Euro entgegengenommen zu haben. Obwohl dies schon einige Jahre zurücklag, führte dieser Skandal zu einem Durchbruch in der öffentlichen Wahrnehmung, in der Korruption in den Gemeinden jetzt als systemisches Problem wahrgenommen wurde.

Die **britische** Regierung ging einen Schritt weiter als andere OECD-Länder, als die neue Gesetzgebung gegen Bestechung, die das britische Gesetz in Einklang mit der Antibestechungskonvention der OECD bringen sollte, im Februar 2002 in Kraft trat. Anders als in anderen OECD-Ländern, deren Gesetzgebungen die Bestechung ausländischer Amtsträger für illegal erklärten, wurden in Großbritannien auch Schmiergelder (facilitating payments) für illegal erklärt, die Routinedienstleistungen der ausländischen Regierungen beschleunigen sollen. Der britische Industrieverband kritisierte dies mit der Begründung, dass britische Firmen dadurch einen Wettbewerbsnachteil erleiden würden.

Italiens Ministerpräsident Silvio Berlusconi und einige seiner Kollegen sahen sich mit Anklagen wegen Korruption und Bilanzfälschung konfrontiert, doch er verwandelte den Kampf gegen Korruption in einen Kampf gegen Untersuchungsrichter. Ende 2001 wurde ein neues Gesetz vom Parlament gebilligt, das die Arbeit dieser Richter empfindlich beeinträchtigt. Bilanzfälschung ist nun in Italien kein Verbrechen mehr, was zu einem starken Anreiz zur Geldwäsche werden könnte. Auch andere Hindernisse wurden den Untersuchungsrichtern in den Weg gelegt, die in Korruptionsfällen und gegen die Mafia ermitteln, etwa der Abzug ihres Personenschutzes. Im Januar 2002 appellierte der UN-Sonderberichterstatter für die Unabhängigkeit der Richter und Anwälte an Berlusconi, seine Regierung möge die grundsätzlichen Prinzipien der Vereinten Nationen über die Unabhängigkeit der Judikative respektieren.

Im April 2002 legte die **deutsche** Bundesregierung dem Bundestag ein Eckpunktepapier vor, das die Einrichtung eines Registers unzuverlässiger Unternehmen ermöglichte. In diesem Register sollten Firmen gelistet werden, die man bei der Zahlung von Bestechungsgeldern, der Beschäftigung von Schwarzarbeitern oder anderen korrupten Handlungen ertappt hatte. Leider stieß der Vorschlag auf Widerstand. Der Entwurf wurde dreimal im Bundesrat gestoppt, in dem die Opposition die Mehrheit der Stimmen hielt.

Korruptionsuntersuchungen bei der **spanischen** Bank BBVA enthüllten einen der größten Bankenskandale Europas seit Jahren. Die Ermittlungen begannen im April 2002 und bezogen sich

auf die Aktivitäten der Banco Bilbao Vizcaya vor ihrer Fusion mit der Argentaria Bank 1999. Die Bank wurde verdächtigt, 225 Millionen Euro auf geheimen Konten in Jersey, Liechtenstein und der Schweiz deponiert zu haben. Durch diese geheimen Konten seien Betrug, Misswirtschaft und Geldwäsche ermöglicht worden. Angeblich war außerdem Geld abgezweigt worden, um die Wahlkämpfe des venezolanischen Staatspräsidenten Hugo Chavez und des peruanischen Staatspräsidenten Alberto Fujimori zu finanzieren.

Einige der größten multinationalen Baufirmen aus **Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien** und der **Schweiz** müssen mit strafrechtlicher Verfolgung im laufenden Fall der Lesotho Highlands Development Authority rechnen. Die Verfolgung von westeuropäischen Firmen wegen Bestechung in einem Entwicklungsland aufgrund internationaler Gesetze im Fall Lesotho stellt eher eine Ausnahme dar. Dafür wird die Bestechung im Ausland für Firmen aus OECD-Ländern zunehmend riskant, da die Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger zunehmend in nationales Recht umgesetzt wird. Der Bribe Payers Index zeigte allerdings auch, wie unbekannt diese OECD-Konvention noch ist.

Nordamerika

Im März 2002 setzte der **amerikanische** Kongress die erste Reform zur Wahlkampffinanzierung seit 25 Jahren durch. Das McCain-Feingold-Gesetz verbietet 'Soft-Money'-Spenden für Parteien und schränkt die Werbung für Kandidaten durch außenstehende Interessengruppen ein. Seit 1989 hatte der Energieriese Enron Soft Money in Höhe von insgesamt 5,95 Millionen US-Dollar bereitgestellt (wovon 74 Prozent an die Republikaner gingen) und eine enge Beziehung zu Politikern aus der Bush-Administration genossen.

Gegen die liberale Regierung von **Kanadas** Ministerpräsident Chrétien wurden Vorwürfe von Ämterpatronage und Vetternwirtschaft bei der Auftragsvergabe erhoben. Bei vielen der Anklagen ging es um kleine Summen, wie etwa bei der unausgeschriebenen Subvention von 37.000 kanadischen Dollar (24.000 US-Dollar), die Verteidigungsminister Art Eggleton einer ehemaligen Liebhaberin zugestand. Kritiker wiesen aber darauf hin, dass diese kleinen Summen Teil eines Systems seien, in dem Minister Verträge an Freunde vergeben oder an Firmen, die für die Liberale Partei gespendet hatten. Die umstrittene Summe von 1,6 Millionen kanadischer Dollar (1,1 Millionen US-Dollar), die in Form von Verträgen an Groupaction Marketing gegangen war, eine Firma, die im Laufe mehrerer Jahre 70.000 kanadische Dollar (46.000 US-Dollar) an die Liberale Partei gespendet hatte, löste eine Untersuchung durch den Auditor General und die Royal Canadian Mounted Police aus.

Auch Lokalpolitiker in den **Vereinigten Staaten** wurden von Korruptionsskandalen heimgesucht. Der Abgeordnete James A. Traficant aus Youngstown, Ohio, wurde im April 2002 in zehn Anklagepunkten der Bestechung und anderer Gaunereien für schuldig befunden. Vincent Cianci Junior, der Bürgermeister von Providence, Rhode Island, wurde im Juli wegen einer kriminellen Verschwörung verurteilt. Da sie sich beide weiterhin in ihren Bezirken großer Beliebtheit erfreuten, wollten sie sich noch einmal zur Wahl stellen, bis der Berufungsweg ausgeschöpft wäre. Am 24. Juli, nach einem Antrag des House Ethics Committee, wurde Traficant durch eine Abstimmung von 420 zu eins aus dem Kongress ausgeschlossen und ging zwei Wochen später für acht Jahre ins Gefängnis.

Ein Whistleblower aus einer Firma half bei der Aufdeckung des Systems falscher Bilanzierung von **Enron**, das durch private Partner und Offshore-Tochterfirmen den Schuldenstand der Firma gering gehalten und die Aktienpreise in schwindelnden Höhen getrieben hatte. Weitere Hinweise auf eine irreführende Buchführungspraxis kamen von Adelphia Communications, Global Crossing, Halliburton, WorldCom und Xerox, während die CEOs von Tyco International und

ImClone Systems Anklagen wegen Steuerhinterziehung und Insiderhandel erhoben. Um das Vertrauen wieder herzustellen, erließen der Kongress und das Weiße Haus im Juli 2002 rasch einen Entwurf zum Firmenbetrug. Der als Generalüberholung der **amerikanischen** Wirtschaftsstandards vielgepriesene Sarbanes-Oxley Act aus dem Jahr 2002 erstellt neue Strafen für Firmenbetrug und verlangt von CEOs und Vorständen die Übernahme unmittelbarer Verantwortung für die Richtigkeit der Finanzberichte.

Der kanadische Journalistenverband verlieh den zweiten seiner jährlichen 'Code of Silence'-Preise dem Justizministerium, das sich selbst mit der 'Bill C-36' ermächtigt hatte, sich über den Access to Information Act, das Informationszugangsgesetz, hinwegzusetzen. Der Preis geht an die geheimniskrämerischste Abteilung der **kanadischen** Regierung. Der Entwurf eines Antiterrorismusgesetzes vom 15. Oktober 2001 gefährdet den öffentlichen Zugang zu Regierungsinformationen. Wenn das Gesetz durchkommt, würde es den Justizminister dazu ermächtigen, Rechte aus dem Access to Information Act von 1985 zum Schutz der internationalen Beziehungen, der nationalen Verteidigung oder der nationalen Sicherheit außer Kraft zu setzen. Der Access to Information Act enthält ohnehin schon Ausnahmen für Informationen dieser Art, unterwirft aber die Entscheidungen hierüber der unabhängigen Prüfung durch den Informationsbeauftragten und die Bundesgerichte. Der neue Gesetzesentwurf schlägt eine Änderung des Gesetzes vor, insofern die Entscheidungen des Justizministers von dieser unabhängigen Prüfung ausgenommen werden sollen.

Zentralamerika, Mexiko und die Karibischen Inseln

Die Grupa Oaxaca, eine Gruppe von Wissenschaftlern, Juristen, Journalisten und NGO-Vertretern, war übereingekommen, eine technische Kommission zusammenzustellen, die auf eine Informationsfreiheitsgesetzgebung in **Mexiko** drängen sollte. Im Oktober 2001 stellte die Gruppe daher dem mexikanischen Kongress ihren eigenen Gesetzesentwurf vor. Dies war das erste Mal, dass eine Gruppierung der Zivilgesellschaft eine Gesetzesvorlage gemacht hatte. Die Antikorruptionsstelle der Regierung, SEDOCAM, sollte einen Gesetzesentwurf anfertigen, aber es sickerte durch, dass dieser Entwurf voller Ausnahmen und Schlupflöcher war. Die Verantwortung wurde nun dem Regierungssekretariat (Secretaría de Gobernación) übergeben und die Vorschläge riefen eine monatelange Diskussion mit den Kongressabgeordneten hervor. Beide Häuser einigten sich im April 2002 auf einen Kompromissentwurf.

Transparencia **Costa Rica** startete während der Präsidentschaftswahlen im Februar 2002 ein Programm zur Kontrolle der Finanzierung von Wahlkampagnen. Im August 2001 wurden die acht Präsidentschaftskandidaten eingeladen eine Transparenzvereinbarung zu unterzeichnen, in der sie sich bereit erklärten detailliert und regelmäßig über ihre Wahlkampagnenfinanzierung zu informieren. Ein Kandidat weigerte sich die Vereinbarung zu unterschreiben und versuchte daraufhin die vorgeschlagenen Maßnahmen zu diskreditieren, die unter anderem die unabhängige Kontrolle der Ausgaben und Spenden der Kandidaten vorsahen. Das Kontrollprogramm zeigte, dass die Parteien ihre Ausgaben zu gering einschätzten und die Spenden nicht vollständig angaben. Es zeigte auch, dass eine der führenden politischen Parteien Ausgaben deklarierte, die 22 mal höher waren als die angegebene Summe der Spenden aus dem gleichen Zeitraum. Die Partei wurde öffentlich zu einer Korrektur ihrer Angaben angehalten und sollte eine Erklärung für diese Abweichungen geben. Der Kandidat, der sich ursprünglich geweigert hatte, die Vereinbarung zu unterzeichnen, kooperierte in der zweiten Runde bereitwillig. Die Überwachung der Werbungskosten in dieser Runde führte dazu, dass die Kosten in dieser Runde beträchtlich reduziert wurden.

In **Panama** wurde im Dezember 2001 ein Gesetz über die Transparenz in der öffentlichen

Verwaltung angenommen, das den Bürgern freien Informationszugang zu Regierungsunterlagen gewährte. Nur wenige Tage später beschuldigte die Oppositionspartei die Regierung, sie habe keine vollständige Kopie der Zusatzvereinbarung 2002 herausgegeben, die gemeinsam mit den Vereinigten Staaten abgefasst worden war und das gemeinsame Vorgehen gegen den Drogenhandel betraf. Im Januar 2002 bestätigte und unterzeichnete Staatspräsident Mireya Moscoso offiziell das Informationsfreiheitsgesetz. Dieses enthält Vorschriften zur Bestrafung von Beamten, die das Gesetz nicht beachten.

Mexiko ist in der Region sicherlich führend in der Durchführung von Antikorruptionsmaßnahmen. Die Gesetzgebung des letzten Jahres beschnitt das Bankgeheimnis beträchtlich. Andere Gesetze regelten die Ausführung vorsorglicher Beschlagnahmungen im Zusammenhang mit Beamten, die der Verwicklung in korruptive Netzwerke verdächtigt werden; und auch hinsichtlich der Untersuchung von Konten oder Gütern, die auf den Namen von Verwandten oder Dritten eingetragen sind, wurden Vorschriften erlassen. Das neue Gesetz über die administrative Verantwortung von Mitarbeitern des öffentlichen Dienstes stärkt das nationale Programm zur Korruptionsbekämpfung und erweitert das Gesetz über die Beschränkung der Strafen für korruptive Handlungen. Ebenso wichtig sind ein neues Bundesgesetz über den Zugang zu öffentlichen Informationen und die Einführung der e-Government-Systeme Tramitanet und Declaranet. Die Weltbank geht davon aus, dass Korruption etwa neun Prozent von Mexikos Bruttoinlandsprodukt verschlingt, was die gesamten Bildungsausgaben des Landes übersteigt.

In **Honduras** wird der ehemalige Staatspräsident Rafael Callejas angeklagt, während seiner Amtszeit elf Millionen US-Dollar auf das geheime Präsidenschaftskonto überwiesen zu haben. Gegen den früheren Staatspräsidenten der **Dominikanischen Republik**, Leonel Fernández, wurde wegen Korruption während seiner Amtszeit von August 1996 bis August 2000 ermittelt. Er wurde zu seinem irregulären Umgang mit 84,3 Millionen US-Dollar auf einem Extrakonto befragt; am Ende wurden keine Klagen gegen ihn eingereicht, obwohl eine Reihe seiner Mitarbeiter vor Gericht erschienen. Im April 2002 reichte ein Richter Klage gegen den ehemaligen **nicaraguanischen** Staatspräsidenten Alemán und Mitarbeiter seiner Regierung wegen Betrug, Veruntreuung und des Missbrauchs öffentlicher Gelder in Verbindung mit einem Fernsehgeschäft ein.

Südamerika

Roseana Sarney, die Tochter des früheren **brasilianischen** Staatspräsidenten José Sarney, war eine hoffnungsvolle Präsidentschaftskandidatin bei den Wahlen 2002. Doch ihr Ruf nahm irreparablen Schaden als ihr eigener Fernsehkanal zeigte, wie die bundespolizei 1,3 Millionen Real (400.000 US-Dollar) in bar während einer Razzia in einer ihrer Firmen entdeckte. Ihr Ehemann und Geschäftspartner gab schließlich zu, dass das Geld für die Finanzierung ihrer Wahlkampagne bestimmt war, was eindeutig gegen die Finanzierungsregeln verstieß. Der anschließende Skandal zwang Sarney im April 2002 aus dem Wahlkampf auszusteigen.

Eine im Februar 2002 erschienene Studie der Weltbank besagt, dass in **Kolumbien** bei 50 Prozent der staatlichen Verträge Bestechungsgelder gezahlt werden. Eine andere Studie der Weltbank schätzt die Kosten der Korruption in Kolumbien auf 2,6 Milliarden US-Dollar jährlich, was 60 Prozent der Schulden des Landes entspricht.

Argentinien wird noch immer von Nachrichten über Missbräuche unter der Regierung von Carlos Menem erschüttert. 2001 war er sechs Monate lang inhaftiert worden, weil er des Waffenschmuggels und der Geldwäsche angeklagt war, wurde aber nach einer umstrittenen Entscheidung des Hohen Gerichts wieder auf freien Fuß gesetzt. Auch der ehemalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo war im Zusammenhang mit diesem Skandal verhaftet

worden, bei dem es unter anderem um den Verkauf von 6.500 Tonnen Waffen an Ecuador und Kroatien ging. Cavallo sollte Verfügungen unterzeichnet haben, die den Verkauf von Waffen an Panama und Venezuela anwies, wobei diese Waffen zwischen 1991 und 1995 aber illegal in Kroatien und Ecuador gelandet waren. Die neueste Anschuldigung besagt, dass Menem 10 Millionen US-Dollar Abfindung vom Iran bekommen hat, um seine Rolle in der Bombardierung einer Synagoge in Buenos Aires im Juli 1994 zu vertuschen.

Sieben Monate nachdem **Brasilien** im Juli 2002 einen beispiellosen fünften Platz im World Cup gewonnen hatte, veröffentlichte ein Untersuchungsausschuss des Kongresses zu Missbrauch und Korruption einen 1600 Seiten langen Bericht, in dem Ricardo Teixeira, der Präsident der Brasilianischen Fußballverbands, der Geldwäsche, des Betrugs und der allgemeinen Misswirtschaft. Der Bericht regte an, dass Teixeira, der auch Mitglied des FIFA-Vorstands ist, wegen seiner kriminellen Führung des Fußballbundes gerichtlich verfolgt werden sollte. Unter Teixeiras Verwaltung hatte der Bund zwischen 1995 und 2000 Schulden in Höhe von über zehn Millionen US-Dollar angesammelt, von denen einige aus "unzulässigen Ausgaben" stammten, wozu beispielsweise ein Mietwagen in New York für 2000 US-Dollar täglich gehört.

Nach sieben Monaten Beobachtung des **argentinischen** Senats beschrieb Poder Ciudadano diese obere Kammer in einem Bericht als 'gefangene Institution' und bestätigte damit, dass viele der Transparenzregeln des Senats in der Praxis nicht angewendet werden. Poder Ciudadano leitet auch das 'Visible Candidates-Projekt, das ein vollständiges Profil der Kandidaten zur Kongresswahl einschließlich der Kampagnenfinanzierung liefert.

Pazifik

Es kamen Beweise dafür ans Licht, dass das russische Organisierte Verbrechen Die Sinex Bank in **Nauru**, eine der Offshore-Banken, die auf der Insel registriert sind, dazu benutzt hatte, drei Milliarden US-Dollar über die Bank von New York zu waschen. Die russische Zentralbank gab an, dass mehr als 70 Milliarden US-Dollar über die 400 Offshore-Banken von Nauru geleitet worden waren, die alle bei demselben Briefkasten registriert waren, der der staatlich kontrollierten Nauru Agency Corporation gehörte. Das ungeheure Ausmaß des Betrugs wird einem bewusst, wenn man diese Summe mit den gesamten Exporteinnahmen Russlands vergleicht, die 2001 bei 74 Milliarden US-Dollar lagen. Die Financial Action Task Force (FATF) für Geldwäsche der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) kündigte im Dezember 2001 an, dass sie das erste Mal in ihrer zwölfjährigen Geschichte Maßnahmen gegen einen souveränen Staat ergreifen würde, und stellte ein Ultimatum: Der Inselstaat musste Gesetzesänderungen zur Regelung seiner Offshore-Banken vornehmen - oder Sanktionen hinnehmen.

Ein königlicher Ausschuss wurde in **Westaustralien** im Dezember 2001 eingesetzt, um Vorwürfe von Bestechung bei der Polizei zu prüfen. Die achtzehnmonatige Untersuchung begann im März 2002 mit einem Amnestieangebot für jeden Hinweis und für ehemalige Polizisten, die ein vollständiges schriftliches Geständnis über ihr Wissen über korrupte und kriminelle polizeiliche Aktivitäten vor dem 31. Mai 2002 ablegten und dazu bereit waren, Beweise zu erbringen. Polizeikorruption wird auch ein Thema bei den Wahlen 2003 sein. Experten gehen davon aus, dass einer der Gründe für die weite Verbreitung von Polizeikorruption in einer 'Polizeikultur' zu sehen ist, die fragwürdiges Verhalten ermutigt. Richter James Wood, der der Wood Royal Commission vorstand, sagt dass Polizisten von Anfang an lernt, dass die Loyalität gegenüber ihren Kollegen wichtiger ist als die Loyalität gegenüber ihren Dienstverpflichtungen.

In den Wochen vor den Wahlen im Juni 2002 veröffentlichten Zeitungen in **Papua-Neuguinea** ganzseitige Anzeigen, in denen die Wähler dazu aufgerufen wurden, kritisch gegenüber den

Kandidaten zu sein und aufzuhören, ihre Stimmen zu verkaufen. Die Kampagne, die im Januar 2002 begonnen hatte, reagierte damit auf eine Reihe von Korruptionsskandalen, deren bekanntester Bestechung, Erpressung und Veruntreuung beim National Provident Fund beinhaltete. Der Medienrat war besonders besorgt über die laufende Berichterstattung über den ehemaligen Vorsitzenden dieser Institution, der der Veruntreuung von 2,7 Millionen Kina (etwa 750.000 US-Dollar) aus dem Rentenfonds der Angestellten beschuldigt wurde. Da seit Beginn der Kampagne, die seit über zwei Jahren lief, niemand sonst gerichtlich verfolgt worden war, drängte die Gruppe die Polizei und das Büro des Staatsanwalts, sich mit ihren Formalitäten zu beeilen. Der Generalgouverneur und Sprecher des Parlaments begrüßte die Medienkampagne, indem er neue Gesetze forderte, die die Einstellung unabhängiger Staatsanwälte ermöglichten, die die Korruption intensiver angehen sollten. Gemeinsam mit Transparency International PNG und dem Ausschuss des Ombudsmanns bot der Medienrat eine Hotline, bei der die Öffentlichkeit jeden Verdacht auf Korruption direkt den Medien melden kann.

Ostasien

Das im April 2001 in Kraft getretene Informationszugangsgesetz in **Japan** garantiert den Bürgern den Zugang zu staatlichen Informationen der Verwaltungen und die Möglichkeit der Berufung vor einem Prüfungsausschuss, im Falle dass die Regierung eine Information nicht freigibt. Diese Maßnahmen haben es Gruppen der Zivilgesellschaft ermöglicht, einige Korruptionsfälle aufzudecken. Einer davon kam ans Licht, als die Zeitung *Asahi Shimbun* die Berichte über *watashikiri*-Ausgaben für Postämter anforderte. Das *watashikiri*-Budget wird üblicherweise als Pauschalsumme ausgegeben, die keine genaue Buchführung verlangt. Als im Dezember 2001 Details über die Anwendung der *watashikiri*-Ausgaben veröffentlicht wurden, entdeckte man einige Beispiele für betrügerische Rechnungslegung. Aufzeichnungen aus einem der Postämter zeigten, dass Rechnungen von einer Firma ausgestellt worden waren, die gar nicht existierte. In einem anderen Fall hat sich herausgestellt, dass das Postamt im Kyusyu-Distrikt seit mehr als 70 Jahren Werbeposten von einer Gesellschaft gekauft hatte, die den Postmeistern selbst gehörte. Diese Gesellschaft hatte schätzungsweise neun Millionen US-Dollar jedes Jahr verdient. Nach diesen Enthüllungen leitete die Innenrevision der Post eine Untersuchung ein, die zu Disziplinarmaßnahmen gegen mehrere Postmeister und Angestellte und zur Abschaffung des Systems der *watashikiri*-Ausgaben führte.

Als der Bribe Payer's Index von Transparency International im Mai 2002 herauskam, in dem **taiwanesischen** Firmen als die häufigsten Zahler von Bestechungsgeldern in Entwicklungsländern eingestuft wurden, erklärte das Justizministerium die Absicht, die Bestechung ausländischer Amtsträger zu verbieten. Ein entsprechender Gesetzesentwurf wurde im Juli 2002 fertiggestellt. Im Januar 2002 trat der Generalstaatsanwalt von **Südkorea** zurück, nachdem sein Bruder unter dem Verdacht festgenommen worden war, Bestechungsgelder angenommen zu haben. Wenige Stunden später entschuldigte sich Staatspräsident Kim Dae Jung öffentlich für die Korruption in seiner Verwaltung und versprach, die Verfolgung von Korruption zu einer der Prioritäten seines letzten Amtsjahres zu machen. Aber im Mai und Juni 2002 wurden zwei Söhne des Staatspräsidenten verhaftet, weil sie Bestechungsgelder angenommen haben sollten. Staatspräsident Kim trat im Mai 2002 aus seiner Partei aus, wobei er sich noch einmal für die Skandale seiner Verwaltung entschuldigte. Im Juni 2002 verkündeten Staatsanwälte, dass Kim Hong-up, einer der Söhne des Staatspräsidenten, 820.000 US-Dollar von einer Baufirma entgegengenommen hatte - neben anderen Bestechungsgeldern. Er wurde später zu einer Haftstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt.

Das Three Gorges Staudammprojekt, das größte **chinesische** Bauprojekt seit dem Bau der Großen Mauer, soll 2009 fertiggestellt werden. Es hat ein Budget von etwa 24 Milliarden US-Dollar - was

breiten Spielraum für persönliche Bereicherung der Kader lässt, die mit dem Projekt zu tun haben. Im Jahr 2000 gab Peking zu, dass etwa 58 Millionen US-Dollar von den 2,1 Milliarden, die für die Umsiedlung vorgesehen waren bereits veruntreut worden waren. Bisher sind mindestens einhundert Beamte von der Kommunistischen Partei mit Disziplinarmaßnahmen wegen Unterschlagung belegt worden. Die Beamten beuten das Milliardenprojekt angeblich aus, wo sie nur können. Die Anklagen reichen von der Annahme von Bestechungsgeldern, der Erhöhung der Umsiedlungskosten und der Erfindung nicht existierender Personen, die umgesiedelt werden müssen, bis zu Griffen in die Umsiedlungskasse der Zentralregierung. Die Mitarbeiter der lokalen Behörden sollen denen, die ihre Häuser verlassen müssen, viel weniger zahlen, als die Regierungsregelungen bestimmen.

Die **chinesische** Regierung benutzt die Meiden als Waffen in ihrem Antikorruptionskampf. Ein Antikorruptionsfilm im Fernsehen, *Black Hole*, der zuerst im Dezember 2001 ausgestrahlt wurde, brach in Peking die Zuschauerrekorde. Im März 2002 ging eine neue Fernsehsendung, *Chinas Meistgesuchte: Korrupte Beamte*, in über 60 Lokalsendern auf Sendung. Diese tägliche, fünfzehnminütige Dokudrama, das der Supreme Peoples Procuratorate, die Hauptinstitution gegen Korruption, produziert, stellt öffentlich flüchtige Beamte oder Angestellte bloß, die der Korruption verdächtigt werden. Doch die chinesischen Medien dürfen Korruption nicht unabhängig verfolgen, besonders wenn es in den Skripten um mächtige Beamte geht. Als der Journalist Jiang Weiping verschiedene Korruptionsskandale enthüllte, in die hochrangige Beamte verwickelt waren, verurteilte man ihn im September 2001 wegen des Verrats von Staatsgeheimnissen in einer geheimen Gerichtsverhandlung zu einer neunjährigen Freiheitsstrafe.

Südkorea führte im Januar 2002 ein Antikorruptionsgesetz ein, das strenge Strafen für korrupte Beamte bis hin zu zehnjährigen Freiheitsstrafen und Zahlungen von 50 Millionen Won (40.000 US-Dollar) sowie einen fünfjährigen Ausschluss von Arbeitsplätzen in öffentlichen und privaten Unternehmen vorsieht. Das Gesetz ermächtigt auch die Antikorruptionskommission, mit einem speziellen Mandat Fälle zu untersuchen, in die hochrangige Beamte verwickelt sind. Im April 2002 kündigte die südkoreanische Regierung an, sie wolle enger mit Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen Korruption zusammenarbeiten. Die Bundesbeschaffungsbehörde kündigte die Einführung eines Ombudsmanns und eines 'Ausschusses für saubere Beschaffung' an, um die Bande zwischen der Regierung und ihren Auftragnehmern zu durchschlagen. Diese neue Behörde wird Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen, Professoren und Techniker als Ombudsleute einstellen, um den Prozess der Auftragsbewerbung und -vergabe zu überwachen und so die Transparenz zu erhöhen.

Südostasien

Im März 2002 sanktionierte der **indonesische** Staatspräsident Megawati Sukarnoputri die Verhaftung und den Prozess gegen den Sprecher des Parlaments, Akbar Tanjung, wegen Korruption. Tommy Suharto, Sohn des früheren Präsidenten Suharto, wurde außerdem für schuldig befunden einen Richter ermordet zu haben, der ihn wegen Korruption verurteilt hatte. Ebenfalls im März befand ein Gericht in Jakarta den Gouverneur der Zentralbank Syahril Sabirin der Korruption für schuldig und verurteilte ihn zu drei Jahren Gefängnis.

In **Thailand** erstaunte die Nationale Antikorruptionskommission (NCCC) die Regierung, indem sie Ministerpräsident Thaksin Shinawatra wegen der illegalen Unterschlagung von Vermögenswerten anklagte. Das Verfassungsgericht verwarf allerdings das Urteil der NCCC aus unbekanntem Gründen. Der Freispruch für den Ministerpräsidenten verärgerte viele Beobachter; die noch relativ junge NCCC wurde wegen ihrer demonstrativen Unabhängigkeit angesichts des politischen Drucks gelobt.

Antikorruptionsinstitutionen, die sich in **Singapur** und **Hongkong** als erfolgreich erwiesen haben, sind anderswo mit Problemen konfrontiert worden. Einige von ihnen werden selbst als korrupt eingeschätzt. Im Februar 2002 erlebte der **philippinische** Ombudsmann mit einem Antrag auf Amtsenthebung wegen Korruption. Obwohl der Antrag abgewiesen wurde, säte der Zwischenfall Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Institution und an ihrer Fähigkeit, Korruption kontrollieren zu können.

Einer Ende 2001 erschienenen Studie von Social Weather Stations zufolge waren Unternehmer auf den **Philippinen** bereit, zwei Prozent ihres Nettofirmeneinkommens für die Finanzierung von Antikorruptionsprogrammen aufzuwenden. Ihren Schätzungen nach würde die Korruptionsprävention zu einem fünfprozentigen Anstieg ihres Nettoeinkommens und zu zehnprozentigen Einsparungen bei den Vertragskosten führen, während die Regierung 15 bis 20 Prozent sparen würde.

Südasien

Die Karriere des **indischen** Verteidigungsministers George Fernandez, der im März 2001 zurückgetreten war, nachdem Tehelka.com heimlich Beamte gefilmt hatte, die Bestechungsgelder für Waffenverkäufe verlangt hatten, wurde im Dezember 2001 noch weiter beeinträchtigt, als der 'Coffin-gate-Skandal' Schlagzeilen machte. In den Betrug waren Beamte aus seinem Ministerium verwickelt, die Zahlungen von 2500 US-Dollar pro Sarg für die indischen Verluste im Kargil-Krieg 1999 zugelassen hatten, als der eigentliche Preis bei 172 Dollar pro Stück lag. Der Venkataswamy-Ausschuss, der eingesetzt wurde, um nach den Tehelka.com-Enthüllungen Kickbackgeschäfte zu untersuchen, sollte nach vier Monaten Bericht erstatten, tat dies aber nicht. Die Geldgeber von Tehelka.com waren in der Zwischenzeit Belästigungen ausgesetzt, darunter dem Versuch, sie in eine breite Finanzverschwörung zu verwickeln, die die Börsenpreise manipulieren sollte.

In **Bangladesch** scheute die neue Regierung, in der die BNP die meisten Sitze hat, keine Mühen, die Missetaten ihrer Vorgängerin aufzudecken. Ein im Januar 2002 erschienenes Weißbuch enthielt 40 große Korruptionsanklagenfälle gegen die Awami Liga, die während ihrer Amtszeit 126 Millionen US-Dollar geplündert haben sollte. Das Buch behauptete auch, der ehemalige Ministerpräsident Sheikh Hasina habe 123 Millionen US-Dollar aus dem Verkauf acht russischer MiG-29 entwendet und weitere drei Millionen US-Dollar durch die Beschäftigung ausländischer Berater in einem Betrug in Zusammenhang mit Exportförderung. Die BNP-Regierung bestätigte eine in der Politik von Bangladesch vertraute Regel: Kein amtierender Politiker ist jemals erfolgreich wegen Korruption verfolgt worden. Anhängige Fälle gegen BNP-Politiker wurden abrupt zurückgezogen. Die Untersuchungen des Weißbuchs ließen verschwörerisch die Unregelmäßigkeiten aus der letzten Amtszeit der Partei aus.

Politisches Interesse war die treibende Kraft hinter den Antikorruptionsanstrengungen in **Pakistan**, einem Land, das von einer Militärelite beherrscht wird, die ganz begierig ist, die zivile Verwaltung als korrupt und unzuverlässig darzustellen. Doch ehemalige Militärangehörige, Bürokraten und Geschäftsleute, die sich auf den Streit mit dem Regime von Staatspräsident Pervez Musharraf eingelassen hätten, ließ man ohne Mühe hochgehen, besonders wenn sie reich genug waren, um ihre unrechtmäßigen Gewinne zurückzuzahlen. Admiral Mansur ul-Haq vermied den Gang ins Gefängnis, indem er dem pakistanischen National Accountability Bureau (NAB) die 7,5 Millionen US-Dollar zurückzahlte, die er Schätzungen zufolge aus Kickbackgeschäften bei Waffenkäufen erhalten hatte.

In Bangalore in **Südindien** enthüllte die unabhängige Studie der NGO Public Affairs Centre über die Qualität der medizinischen Betreuung von Müttern aus armen urbanen Gebieten, dass die Armen hohe Erpressungsgelder zahlen müssen, wenn sie die öffentlichen Gesundheitsdiensten in Anspruch nehmen. Die durchschnittliche Patientin auf einer von der Stadt betriebenen

Entbindungsstation zahlt 1089 Rupien (etwa 22 US-Dollar) an Bestechungsgeldern, um eine angemessene medizinische Versorgung zu erhalten. Weitere 61 Prozent der Befragten mussten für ihre Medikamente bezahlen, obwohl diese kostenlos abgegeben werden müssten.

In **Pakistan** setzte Staatspräsident Musharraf seiner Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption ein deutliches Zeichen, indem er eine Reihe institutioneller Reformen anstieß einschließlich einer Reform des öffentlichen Dienstes, eines Programms für 'Zugang zu Gerechtigkeit' und der Trennung der Bilanzierungsaufgaben vom Büro des Präsidenten des Bundesrechnungshofs. Die Regierung versprach außerdem die Einrichtung einer unabhängigen Antikorruptionsinstitution bis Oktober 2002, die die Arbeit übernehmen würde, die bis dahin vom National Accountability Bureau, einer Art Rechnungshof, der Federal Investigative Agency (FIA) und dem Anti-corruption Establishment (ACE) geleistet wurde. In einer Reihe von Treffen mit der pakistanischen Regierung forderte Transparency International im April 2002 ein Informationsfreiheitsgesetz, ein Ethik-Management für die Angestellten im öffentlichen Dienst, eine Generalüberholung des öffentlichen Beschaffungswesens. Außerdem sollten das Militär und die Justiz veraltungstechnisch dem NAB zugeordnet werden.

Auch **Nepal** stellte 2002 eine weitreichende Antikorruptionsgesetzgebung vor, einschließlich des Korruptionskontrollentwurfs, des Entwurfs einer Kommission für die Untersuchung von Machtmissbrauch, des Entwurfs eines Spezialgerichtshofs, eines Entwurfs über Amtsenthebungen und die Regulierung der Arbeitsumstände und eines Entwurfs zur Führung der politischen Parteien. Zu den prominenten Korruptionsfällen des Jahres gehörten Bilanzfälschung, illegale Ausschreibungen, Bankbetrug und die systematische Vermeidung von Mehrwertsteuer, Vermögenssteuer und Einkommenssteuer.

Das wirtschaftspolitische Geflecht in **Sri Lanka** geriet im November 2001 ins öffentliche Interesse, nachdem bekannt geworden war, dass dem Geschäftsmann Ronnie Peiris die Zahlung von 15 Millionen Rupien (etwa 150.000 US-Dollar) als Zinsen für einen Kredit der Londoner Zweigstelle der staatseigenen Bank von Ceylon in Höhe von 500.000 englischen Pfund (780.000 US-Dollar) erlassen worden war. Peiris hatte in enger Beziehung zu Staatspräsidentin Chandrika Kumaratunga gestanden.

Nachfolgestaaten der Sowjetunion

Die unabhängige **kasachstanische** Wochenzeitung *Nachnem s Ponedelnika* ist bekannt für ihre ausführliche Berichterstattung über die Verstrickung von Beamten in den Ölhandel und andere Geschäftsgebiete. Zwischen 1998 und 2001 wurde die Wochenzeitung 17 Mal wegen Verleumdung angezeigt, vor allem von Beamten oder Firmenchefs, die enge Beziehungen zur Regierung hatten. In drei Fällen wurde die Zeitung für schuldig befunden und zur Zahlung von insgesamt 25.935.000 Tenge (etwa 180.000 US-Dollar) verurteilt. Da der kasachische Verleumdungsparagraph die Wahrheit der Aussage nicht als Verteidigungsgrund anerkennt, musste *Nachnem s Ponedelnika* dafür zahlen, dass sie den Ruf der Beamten geschädigt hatte - ohne Ansehen möglicher Beweise für die Verstrickung der Beamten in Bestechungsvorgänge.

Obwohl in **Georgien** bereits einige Antikorruptionsmaßnahmen einschließlich der Einrichtung eines Antikorruptionsrats im Juli 2002 angenommen worden sind, scheinen die bisherigen Maßnahmen keinen Erfolg zu haben. Nachdem der IWF in einem Bericht kürzlich auf die schwache Verwaltung und die weitverbreitete Korruption hingewiesen hat, richtete Georgien eine Mehrwertsteuer-Antibetrugseinheit ein und erließ ein Gesetz, das das Mehrwertsteuer-Erstattungssystem stärken sollte. Staatspräsident Eduard Schewardnadse drängt auch auf Reformen der Exekutive in Zusammenarbeit mit dem Antikorruptionsrat. Die erste Phase des Plans enthält auch die Abschaffung der Immunität von Parlamentariern. Im März 2002 forderte der Präsident schärfere Gesetze gegen Korruption, Steuerhinterziehung, Steuerverkürzung und Unterschlagung von Staatseigentum.

Im Sommer 2001 verkündete **Turkmenistans** Staatspräsident Saparmurat Nijazow eine Reihe hochkarätiger Verhaftungen und Entlassungen aufgrund von Korruptionsanklagen. Es war typisch

für die turkmenische Politik, dass die Anklagen erst erhoben worden waren, nachdem der vermeintlich korrupte Beamte zur Opposition übergelaufen war. Der ehemalige Vorsitzende der Zentralbank und stellvertretende Ministerpräsident Chudaiberdy Orasow wurde im März 2002 - einen Monat, nachdem er offiziell der Opposition beigetreten war - beschuldigt, einen Teil eines Landwirtschaftsdarlehens unterschlagen zu haben, das Credit Suisse und die Deutschen Bank 1997 gegeben hatten.

Im Oktober 2001 erließ die **Ukraine** eine Vorschrift 'Über die Sicherung der Durchsetzung von Bürgerrechten, Prinzipien der Demokratischen Gesellschaft, Offenheit und Transparenz der Wahlen 2002'. Aber ein zur selben Zeit erlassenes Gesetz schränkte die Berichterstattung über die Wahlen im März 2002 für die inländische wie für die ausländische Presse ein. Die Wähler hatten keinen Zugang zu unparteiischen und ausgewogenen Informationen, da die Fernsehsender der Opposition nicht gewogen waren.

Nach einer Studie des 'Think Tanks' INDEM (Information for Democracy) zahlen **russische** Geschäftsleute jährlich mehr als 30 Milliarden US-Dollar Bestechungsgelder, eine Summe, die in etwa den Staatseinkünften im Jahr 2002 und etwa 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entspricht. Ungefähr 90 Prozent dieser Bestechungsgelder werden für 'Korruptionsdienstleistungen' in Zusammenhang mit Exportlizenzen und Kontingenten, Transaktionen des Staatshaushalts, Steuertransfers, Zöllen, Privatisierungsverträgen und der Bedienung von Schulden des Staatshaushalts gezahlt.

Die in Moskau ansässige Maklerfirma Troika Dialog schätzt, dass der Ruf **Russlands** als Land, in dem die CEOs regelmäßig die Rechte der kleineren Shareholder verletzen, den Börsenhandel etwa 45 Milliarden US-Dollar jährlich kostet. Eine Verbesserung der Corporate-Governance-Praktiken könnte zusätzliche zehn Milliarden US-Dollar jährlich in ausländischen Direktinvestitionen anziehen, schätzt PriceWaterhouseCoopers.

Majid Abduraimow, ein Journalist aus dem Süden **Usbekistans**, wird aufgrund von Bestechungs- und Erpressungsanklagen mehrere Jahre ins Gefängnis müssen, nachdem er eine Reihe von Berichten über Korruption und Machtmissbrauch bei hohen Beamten in der Boisoner Stadtverwaltung in der Region Surkhandarya geschrieben hat. Menschenrechtsaktivisten geben an, dass zur Zeit fünf Journalisten wegen erfundener Anklagen hinter Gittern sind. Der **kirgisische** Journalist und Menschenrechtsaktivist Samagan Orozaliev wurde im November 2001 zu neun Jahren Haft verurteilt, nachdem man ihn der Erpressung, der Urkundenfälschung des illegalen Waffenbesitzes und Widerstands gegen die Staatsgewalt für schuldig befunden hatte. Orozaliev wurde verhaftet, während er eine Dokumentation über Korruption in der öffentlichen Verwaltung machte.

Mittel- und Osteuropa und die Baltischen Staaten

2001 führte **Ungarn** die Auskunftspflicht über Vermögenswerte für alle Angestellten im öffentlichen Dienst ein. Im Juli 2001 bzw. im März 2002 erließen die **Slowakische Republik** und die **Tschechische Republik** Gesetze für den Staatsdienst, die für Angestellte im öffentlichen Dienst Auskünfte über ihre Vermögenslage vorschrieben und die Einführung von Verhaltenskodizes vorsahen. Das ungarische Parlament verabschiedete im Dezember 2001 ein Gesetz zum Unternehmensstrafrecht. Das Strafrecht wurde erweitert, um die Instrumente zum Kampf gegen Korruption zu verbessern und korrupte Handlungen besser bestrafen zu können, und die investigativen Befugnisse des Staatsanwalts wurden erweitert. Die Tschechische und die Slowakische Republik erließen im August und Oktober 2001 neue Gesetze zur Einführung unabhängiger intragouvernementaler Prüfungseinheiten.

Gegen das amerikanische Energieunternehmen Williams International und seine russischen Mitbewerber Yukos und LUKOIL wurden Korruptionsanklagen laut, als sie um die Privatisierung der **litauischen** Ölgesellschaft Mazeikiu konkurrierten. Kurz zuvor hatte der Bürgermeister von Vilnius ein Mitglied des Parlaments beschuldigt, das französische Energieunternehmen Dalkia betrogen und Schutzgelder verlangt zu haben.

Im Februar 2002 wurde bekannt, dass Angestellte der Ambulanz in Lodz, **Polen** nicht nur Geld von Unternehmern entgegengenommen hatten, um sich Informationen über den Tod von Patienten bezahlen zu lassen, sondern sogar Patienten aus Gründen des Profits umgebracht hatten. Die Anklagen waren nur die Spitze des Eisbergs, und auch Ärzte und die Eigentümer von Bestattungsunternehmen sahen sich mit Anklagen wegen Zahlung oder Annahme von Bestechungsgeldern konfrontiert.

2001 und 2002 haben mehrere **slowakische** NGOs sich zu der Allianz 'Stoppt Interessenkonflikte' zusammengeschlossen, um das bestehende, ineffektive Gesetz gegen Interessenkonflikte zu ergänzen. Die Allianz wollte den Personenkreis innerhalb des öffentlichen Dienstes vergrößern, auf den das Gesetz anwendbar ist, die Verpflichtungen und Grenzen für zusätzliche Arbeitsverträge und Einkünfte präzisieren, Vermögenserklärungen öffentlich und auch für enge Angehörige verpflichtend machen und die Effektivität der Vorgehensweisen und Strafen bei Interessenkonflikten verbessern.

Es war Ausdruck einer einzigartigen Zusammenarbeit zwischen einer Regierung und einer NGO, dem Nationalen Chapter von TI in **Lettland**, Delna, dass das TI Chapter von der Regierung eingeladen wurde das Vorgehen bei einer großen Privatisierungsausschreibung zu überwachen. Obwohl die Ausschreibung für die Lettische Schifffahrtsgesellschaft fehlschlug, war die Partnerschaft zwischen der NGO und der Privatisierungsbehörde ein Präzedenzfall der Vorbeugung von Einflusshandel im Entscheidungsprozess.

Südosteuropa

Die Regierung der **Bundesrepublik Jugoslawien** erlegte Geschäften eine Steuer auf, die unter Milosevic Vergünstigungen erhalten hatten. Der Ausschuss, der diese Missbräuche untersucht, veröffentlicht regelmäßig eine Liste der Profiteure - im Februar 2002 waren es 271 Personen - und stellt sicher, dass die Steuer auch eingetrieben wird. Im September 2001 erließ die Bundesrepublik ein Gesetz, das Geldwäsche zu einem Verbrechen erklärt und von Banken und anderen Finanzinstitutionen ab Juli 2002 Berichte über alle Transaktionen über 600.000 Dinar (etwa 9500 US-Dollar) fordert. **Serbien** stellte 26 Antikorruptionseinheiten auf, die über eine Hotline Informationen sammeln sollen. Nach den Erkenntnissen der Teams sind das Innenministerium und die Zollbehörde Serbiens korrupteste Institutionen.

Neue Regelungen für die Wahlkampffinanzierung und die Offenlegung politischer Spenden sind Teil eines neuen Regierungsprogramms in der **Türkei**. Der IWF gestattete dessen Finanzierung durch Gelder aus einem Darlehen in Höhe von 16,3 Milliarden US-Dollar im Februar 2002. Voraussetzung für das Darlehen war ein neues Vergabegesetz, unter dem ab Januar 2003 auch das System der Auftragsvergabe reformiert werden soll. Türkische Auftragnehmer wurden üblicherweise um 'Kampagnenunterstützung' von bis zu 15 Prozent der Auftragssumme gebeten, so ein Weltbankbericht aus dem Jahr 2001.

In **Albanien** wurden Antikorruptionseinheiten im Ministerium für öffentliche Ordnung, im Finanz- und Justizministerium und im Büro des Staatsanwalts eingerichtet, mit unterschiedlichen Ergebnissen. Im Juni 2002 legte die Regierung den Entwurf eines Antikorruptionsgesetzes vor, nach dem eine spezielle Aufsichtsbehörde eingerichtet werden soll, die den Grundbesitz von rund 5000 hoch- und mittelrangigen Funktionären untersuchen. Die Mitglieder der Behörde, die vom Parlament gewählt werden, werden einen weiten Zuständigkeitsbereich und Zugriff auf Daten von Banken und privaten Firmen erhalten. Beamte, die falsche Angaben über ihren Grundbesitz gemacht haben, werden gerichtlich verfolgt.

Im Februar 2002 richteten **Bosnien und Herzegowina** eine Arbeitsgruppe zur Bekämpfung von Korruption und Organisiertem Verbrechen ein. Zu der Gruppe gehören Minister und Vertreter von

Interpol, der Justiz und der Polizei. Einen Monat später hat der Rat von Bosnien und Herzegowina in Zusammenarbeit mit der Weltbank und dem Büro des Hohen Vertreters einen nationalen Antikorruptionsplan vorgelegt. Zur selben Zeit ereignete sich ein großer Skandal, als der bosnisch-serbische Finanzminister wegen eines Falles von Zollbetrug zurücktrat, der den Haushalt 15 Millionen US-Dollar kostete.

In **Albanien** hat es die Regierung versäumt, Verleumdung zu entkriminalisieren. Journalisten, die in Korruptionsfällen ermitteln, gehen ein Sicherheitsrisiko ein - willkürliche Verhaftungen, schwere Prügel'strafen' und Einschüchterung - und bekommen bei Verleumdungsklagen keinen fairen Prozess. Im November 2001 wurde der Herausgeber der Koha Jona, einer unabhängigen Tageszeitung aus Tirana, angegriffen und bedroht, nachdem die Zeitung die Behauptung veröffentlicht hatte, ein Hotel in Durres Hotel sei illegal gebaut worden. Da das Informationszugangsgesetz kaum eingehalten wird, müssen Journalisten regelmäßig Regierungsbeamte bestechen, um offizielle Dokumente zu erhalten.

Nach einem Bericht von PriceWaterhouseCoopers kostet die Korruption **Rumänien** jedes Jahr Milliarden Dollar. Der Bericht gibt an, dass die ausländischen Direktinvestitionen von 1,3 Milliarden US-Dollar im Jahr 2001 nur ein Drittel der im Prinzip möglichen Summe waren.

Naher Osten und Nordafrika

Die staatlichen Banken und Finanzinstitutionen der Region wurden von 2001 bis 2002 regelmäßig Opfer von Korruption. Im Februar 2002 wurde ein Betrug in Höhe von 150 bis 168 Millionen US-Dollar im **jordanischen** Bankensystem entdeckt, in dem angeblich 72 prominente Geschäftsleute und Beamte einschließlich eines ehemaligen Landwirtschaftsministers, eines Senators und des Sohns eines ehemaligen Ministerpräsidenten verwickelt waren. Gemeinsam mit den Staatsdienern sollen die Geschäftsleute Darlehen von Privatbanken ohne Sicherheiten unter dem Vorwand erhalten haben, sie würden Informationstechnologien für die Geheimdienste des Landes bereitstellen.

Wie der *Daily Star*, die größte englischsprachige Zeitung im **Libanon**, berichtet, kostet ein Ersatzführerschein sieben US-Dollar Bestechungsgeld, die Zulassung eines Wagens 27 Dollar und ein neues Passwort fast 70 Dollar. Das Bakschisch für eine Bauerlaubnis für ein Wohnhaus kann über 2000 Dollar kosten. Der libanesische Transparency-Verband hat jetzt ein Heft herausgegeben, das die Prozeduren zur Erlangung einer Bauerlaubnis vereinfacht und die benötigten Dokumente, Gebühren und die durchschnittliche Wartezeit darstellt.

In **Israel** hat die Betrugseinheit der Polizei Ministerpräsident Ariel Sharon und seinen Sohn Omri im Verhör gefragt, ob sie nicht existierende Firmen dazu benutzt haben, illegale Parteispenden in Höhe von 1,3 Millionen US-Dollar für die Vorstandswahlen der Likud-Partei 1999 und die Wahlen des Ministerpräsidenten zwei Jahre später zu transferieren. Der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak wurde im Mai 2002 von ähnlichen Vorwürfen freigesprochen, obwohl die Polizei auf Anklagen gegen vier seiner Helfer drängte, die während der Wahlen 1999 illegale Gelder angeblichen Wohltätigkeitsvereinen zugeleitet hatten.

In einer Befragung von Transparency **Marokko** bezeichnen marokkanische Geschäftsleute die Korruption als die zweitgrößte Herausforderung nach den hohen Steuern. Unternehmer, die die Weltbank in Palästina befragte, nannten Korruption als das zweitgrößte Wachstumshindernis nach 'politischer Instabilität und Ungewißheit'.

In **Saudi-Arabien** wurde der Schriftsteller Abdul Mohsen Musalam im März 2002 verhaftet, nachdem er in der Zeitung *Al-Madina* am 10. März ein Gedicht veröffentlicht hatte. Das Gedicht, 'Das Korrupte auf der Erde', beschuldigte mehrere Richter der Mausehelei. Der saudische

Innenminister Prinz Nayef ordnete die Entlassung des Chefredakteurs von *Al-Madina* an, der den Abdruck des Gedichts erlaubt hatte.

Westafrika

Die zivilgesellschaftlichen Organisationen im **Senegal** kritisierten, dass Staatspräsident Abdoulaye Wade sich trotz wiederholter Forderungen von Forum Civil (Transparency Internationals Nationales Chapter im Senegal) weigerte, den Erlass Nr. 97-632 aufzuheben, den zudem seine eigene Partei verurteilt hatte, solange sie sich in der Opposition befand. Der Erlass von 1997 erlaubt die Vergabe öffentlicher Bauaufträge ohne Ausschreibung; solche Aufträge können einen Wert von maximal 100 Millionen CFA-Franken (150.000 US-Dollar) im Bereich Beratung und Ausrüstung und 150 Millionen CFA-Franken (225.000 US-Dollar) im Bereich der Bautätigkeit haben. Der Erlass wurde allgemein als Instrument zum Aufbau eines politischen Wahlkreises gesehen. Die Medien beobachteten, dass höherwertige öffentliche Beschaffungsverträge nicht ausgeschrieben wurden. Eine neue Regelung des öffentlichen Beschaffungswesens, die im Juli 2002 veröffentlicht wurde, schien den Erlass außer Kraft zu setzen, aber dies wurde nie offiziell bestätigt.

Im Juni 2002 kritisierte der stellvertretende Antikorruptionsbeauftragte von **Sierra Leone** den Generalstaatsanwalt, weil dieser die Antikorruptionskommission ausgebremst hatte, indem er ihren Empfehlungen nicht folgte. Von den 57 Fällen, die beim Büro des Generalstaatsanwalts seit der Einsetzung der Kommission im Januar 2001 eingereicht worden waren, waren drei Viertel noch nicht behandelt worden. Der bekannteste war der des ehemaligen Verkehrs- und Kommunikationsministers Momoh Pujeh, der den Untersuchungen der Kommission zufolge im November 2001 verhaftet worden war, weil er illegal Bergbau betrieb und umstrittene Diamanten besessen hatte. Die Korruptionsanklagen wurden erst im August 2002 gegen ihn vorgebracht.

Die **nigerianische** Antikorruptionskommission setzte sich der Kritik aus, weil sie seit ihrer Gründung im September 2000 nicht einen einzigen Fall gegen einen höherrangigen Regierungsbeamten vorgebracht hatte. Mit der Ablehnung der Einwände mehrerer Bundesstaaten, die Institution sei nicht verfassungsgemäß, hatte das Höchste Gericht im Juni 2002 ein Effektivitätshindernis für die Kommission aus dem Weg geräumt. Die Zentralregierung unternahm einige Schritte, um ihre Antikorruptionskampagne im Laufe des Jahres zu beschleunigen. Im August 2001 bewilligte der Federal Executive Council eine Erweiterung der Regelungen für den Öffentlichen Dienst, die es dem Staatspräsidenten erlaubt, korrupte Staatsdiener zu entlassen. Im nächsten Monat stimmte der Rat der Einrichtung von Antikorruptionseinheiten in allen Bundesministerien zu, die dort Fälle untersuchen dürfen und Zugang zu allen Regierungsdokumenten haben sollten. Die Antikorruptionskommission wird die Finanzierung der neuen Einheiten 2003 übernehmen.

Seit seinem Amtsantritt hat die Verwaltung von Olusegun Obasanjo versucht, ein Rückgabeübereinkommen mit den Verwandten des ehemaligen **nigerianischen** Diktators Sani Abacha zu verhandeln. Im April 2002 stimmte die Regierung einer Vereinbarung zu, die die Rückgabe von 1,2 Milliarden Dollar Staatsgeldern vorsah, der Abacha-Familie aber gestattete, 100 Millionen US-Dollar zu behalten. Außerdem sollten die Anklagen wegen Diebstahl und Geldwäsche gegen Abachas Sohn und einen ehemaligen Mitarbeiter fallen gelassen werden.

In **Ghana** enthüllte der stellvertretende Präsident des Rechnungshofs im März 2002, dass im Laufe der letzten zwei Jahre mehr als 20 Millionen US-Dollar an etwa 2000 nicht existierende Personen gezahlt worden waren. Daraufhin ordnete der Finanzminister eine Zählung der Staatsdiener an.

In **Burkina Faso** identifizierte eine Studie die Polizei als die korrupteste Institution des Landes. Eine Studie des Forum Civil in Senegal identifizierte die Verkehrspolizei, Zollbeamte und die Polizei als die korruptesten Institutionen.

Fast jeder Zollbeamte in **Benin** lässt mindestens einen *klébé* für sich arbeiten. *Klébés*, die im Gaunerjargon von Südbenin auch 'Banknotenmörder' genannt werden, helfen den Zollbeamten, den 'Betrug zu kontrollieren' - und nehmen im Erfolgsfall zehn Prozent der beschlagnahmten Güter. Sie erpressen außerdem einen illegalen Zoll von jedem, der Güter durch den Zoll bringen will. Von dieser Summe bekommen wiederum die Zollbeamten einen Anteil. In Kraké, an der Grenze zu Nigeria, gibt es etwa 400 *klébé*s, viermal mehr also als Zollbeamte. Die *klébé*s agieren als Vermittler, die die Geber von den Nehmern abschirmen, die nicht erkannt werden wollen. Im Hafen von Kotonou haben die *klébé*s die Zollbeamten sogar an verschiedenen Kontrollstellen ersetzt.

Zentralafrika

In **Äquatorialguinea** erfordern die Armutbekämpfungsprogramme der Regierung die Umsetzung von Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung und eine stärkere Regierungsführung. Im **Tschad** hat die Weltbank im letzten Jahr ihre Anstrengungen fortgesetzt, der Korruption beim Pipelineprojekt im Doba-Bassin vorzubeugen, welches das größte US-Investitionsprojekt in Afrika ist. Das sieben Milliarden US-Dollar teure Tschad-Kamerun-Pipeline-Projekt, das von der Weltbank und einem Konsortium aus Ölfirmen unter der Leitung von ExxonMobil finanziert wird, wurde von Umweltschutzgruppen wie dem in Washington ansässigen Environmental Defense Fund heftig kritisiert. Die Besorgnis wächst, dass Staatspräsident Idriss Déby, dessen Willkürherrschaft sowohl die regionalen Verbündeten als auch die ausländischen Investoren beunruhigt, entschlossen ist die Einkünfte aus dem Projekt zu kontrollieren, das nach seiner Eröffnung 2003 voraussichtlich 250.000 Barrel Öl pro Tag liefern wird. Unter Abkehr von den Offenheitspolitiken in den Entwicklungsländern wird die Weltbank die jährlichen Öleinnahmen des Tschad überwachen und veröffentlichen.

Im letzten Jahr riss der Strom an Berichten über Korruption in **Kameruns** Holzwirtschaft nicht ab. Die Weltbank und das britische Department for International Development (DfID) bestätigten, dass britische und andere internationale Unternehmen Gebiete von bis zu 80.000 Hektar ohne Erlaubnis fällten. Inspektionen durch von der Regierung bestellte Beobachter Ende 2001 und Anfang 2002 ergaben, dass fast jede größere Holzfirma in Kamerun sich ganz oder teilweise außerhalb der Legalität bewegt hatte. Im April 2002 drängte die Weltbank Staatspräsident Paul Biya, diese aggressiven Holzfirmen gerichtlich zu verfolgen und die Korruption in der Holzwirtschaft zu bekämpfen - andernfalls würde er die offiziellen Finanzhilfen verlieren. Sowohl die Weltbank als auch das DfID haben Kamerun bei Regelungen für die internationalen Holzfirmen unterstützt.

Ostafrika

Eine KPMG-Befragung von mehr als 400 CEOs und Leitern der Finanzabteilungen, die im Juni 2002 erschien, weist darauf hin, daß Betrug und Korruption in Firmen in Ostafrika zunehmen. Betrug wurde von 61 Prozent der Befragten als wichtiges Problem bezeichnet, und 88 Prozent gaben an, ihre Firma habe im vergangenen Jahr mit Betrug zu tun gehabt. Die schwachen internationalen Kontrollen wurden als ausschlaggebender Faktor bezeichnet, aber die Befragten wiesen auch auf die wachsende Gerissenheit der Kriminellen und die Unzulänglichkeit des Justizsystems hin.

Der durchschnittliche Stadtbewohner in **Kenia** zahlt 16 Bestechungsgelder im Monat, so der Keya Urban Bribery Index, eine von Transparency International Kenia durchgeführte Untersuchung. Diese summieren sich zu einer Bestechungsbelastung von 8185 Kenia-Shillingen (104 US-Dollar) monatlich - im Vergleich dazu liegt das durchschnittliche Monatseinkommen der Befragten bei nur 26.000 Kenia-Shillingen (331 US-Dollar). Am häufigsten werden Staatsdiener bestochen, sie erhalten 99 Prozent der Bestechungsgelder. Am schlimmsten war es bei der Polizei: Sechs von zehn Städtlern gaben an, Bestechungsgelder an die Polizei gezahlt zu haben.

In einem ihrer ersten großen Fälle erhob die Staatliche Ethik- und Antikorruptionskommission (FEACC) von **Äthiopien** 41 Korruptionsanklagen gegen ehemalige und amtierende Beamte der Äthiopischen Kommerzbank. Auch gegen zwölf ehemalige Vorsitzende von Bundesbehörden und Geschäftsleute wurde Anklage erhoben; die Verhaftungen erfolgten im Mai 2001. Einer der Angeklagten war der Anführer einer Dissidentengruppe innerhalb der Regierungspartei.

Ein neues Elektrizitätskraftwerk wurde in **Tansania** im Januar 2002 in Auftrag gegeben, wodurch die Beschuldigungen wieder Nahrung bekamen, die durchführende malaiische Firma würden Regierungsbeamte bezahlen. Der umstrittene Vertrag zwischen British Aerospace und der Regierung für ein 40 Millionen US-Dollar teures Luftverkehrskontrollsystem wurde von Luftfahrtexperten der Weltbank kritisiert.

In **Uganda** waren Organisationen der Zivilgesellschaft Vorreiter der Versuche, die Regierung zu mehr Transparenz bei der Auftragsvergabe zu zwingen. Im Jahr 2001 baten sie die Weltbank, ein Untersuchungsgremium zu entsenden, das unter anderem herausfinden sollte, ob der Stromvertrag (Power Purchase Agreement, PPA) zwischen der Regierung und dem US-Multi AES, der für 550 Millionen Dollar den Bujagali-Damm baute, von Korruption behaftet war. Die Weltbank schickte ein Gremium, das zahlreiche Aspekte des Projekts kritisierte einschließlich der Entscheidung der Weltbank, den Stromvertrag geheim zu halten. Im Juni 2002 verkündete die Weltbank, sie würde ihr Darlehen für den Damm aufgrund der Korruptionsvorwürfe einfrieren.

Südafrika

Korruption ist in **Simbabwe** allgegenwärtig. Ein kürzlich erschienener Wirtschaftsbericht der VN kommentiert hierzu, dass 'viele der Probleme in allen Bereichen gehen in Simbabwe auf ein zentrale Schwierigkeit zurück: die Regierungskrise. Die Wahlen zum Staatspräsidenten im Jahr 2002 sind weithin als unfair angesehen worden, nachdem die Behörden die Zahl der Wahllokale in den städtischen, der Opposition geneigten Gebieten verringert hatte, wodurch die Wähler eine halbe Stunde anstehen mussten. In ländlichen Gebieten sollen 400.000 Namen noch nach der offiziellen Schließung des Registers eingetragen worden sein.

Die Ausschreibung für den Betrieb von **Malawi** Telecommunications (MTL) gewann eine Gruppe, zu der auch der Informationsminister und die Vorsitzende von MTL gehörten, die wiederum gleichzeitig die Frau des Ministers "for presidential affairs" ist. Die Antikorruptionsbehörde verhaftete vier leitende Angestellte von MTL wegen unsauberen Vorkommnissen während des Bewerbungsprozesses, aber sie nahmen ihre Arbeit wieder auf, nachdem sie auf Kautionsfreigabe gekommen waren, statt bei vollem Gehalt vom Dienst suspendiert zu werden.

Der wichtigste Korruptionsprozess der Region endete im Juni 2002 mit der Verurteilung des ehemaligen CEOs der **Lesotho** Highlands Development Authority, Masupha Ephraim Sole. Er wurde zu 18 Jahren Gefängnis wegen Bestechung verurteilt. Es lagen Beweise vor, dass auf dem schweizerischen Bankkonto von Sole Millionen Rand von internationalen Beratungsfirmen eingegangen waren, die alle mit dem Dammbauprojekt zu tun hatten. Die Verurteilung von Beamten der Lesotho Highlands Development Authority (LHDA), die Bestechungsgelder

angenommen hatten, stellt für die Region einen wichtigen Präzedenzfall hinsichtlich des Umgangs mit internationalen Firmen, die Bestechungsgelder zahlen, dar. Nach der Verurteilung des CEOs von LHDA mussten im Juni 2002 auch Unternehmen aus **Großbritannien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Italien, Südafrika** und der **Schweiz** vor Gericht. Die südafrikanische Provinzregierung von Gauteng kündigte daraufhin an, dass die betroffenen Firmen (darunter auch einige der größten Ingenieursfirmen Südafrikas), 'sollten sie der Bestechung für schuldig befunden werden', von der öffentlichen Auftragsvergabe bei der geplanten Stadtbahn ausgeschlossen würden.

Nach einer gemeinsamen Untersuchung legten der Oberste Staatsanwalt, der Oberste Ombudsmann und der Präsident des Rechnungshofs für Waffenbeschaffung in **Südafrika** dem Parlament im November 2001 einen Bericht vor, der Mitglieder des Kabinetts von Staatspräsident Thabo Mbeki entlastete, aber ernste Vorbehalte hinsichtlich der Verwaltung von Ausschreibungsprozessen äußerte. Beamte, die Geschenke von Bewerbern erhalten hatten, wurden in dem Bericht namentlich genannt, und auch der Leiter des Beschaffungswesens im Verteidigungsministerium wurde erwähnt, der Firmen bevorzugt hatte, an denen sein Bruder beteiligt war. Der Bericht war keinesfalls die 'Reinwaschung', als die er von der Opposition bezeichnet wurde, dennoch war er zu beflissen in seiner Entlastung der Regierung.

In **Simbabwe** warf man dem Investmentzweig der regierenden ZANU PF Partei, Zidco Holdings, vor, er diene der Bereicherung der Parteispitze, so ein Bericht von TI Simbabwe, *New Scramble for Africa*, der im April 2002 erschienen war. Zidco gibt nie geprüfte Bilanzen oder irgendwelche anderen Finanzberichte heraus, noch benutzt die Firma Gewinne, um die Parteiaktivitäten zu finanzieren, so die Autoren des Berichts. Zidco kontrolliert vielfältige kommerzielle Interessen im Land und seine Tochterfirmen sind intensiv in Unternehmen in der Demokratischen Republik Kongo verwickelt, die durch den Schutz und Einfluss der simbabwischen Armee gesichert werden.